

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Rieser.  
Gesamt Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Rieser, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Leipzig 21905.  
Stroßstraße Rieser Nr. 52.

Nr. 214.

Dienstag, 14. September 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustagengebühr, bei monatlicher Anbestellung monatlich 4.10 Mark ohne Zustagengebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Übernahme für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 4. Seite des Grundstückerzählens (7 Spalten) 1.10 Mark, Preis für 2. Seite 1.— Mark; je nach Umfang und Inhalt des Textes. Aufschlag, Nachweilungs- und Veranlassungsgebühren 80 Pf. Jede Caraffe Demöglicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag der Caraffe durch die Zahlung der Caraffe ersetzt wird. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Besetzung oder der Besondereinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Köhnel, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Rieser.

## Anerkennung als Wohnungsnottstandsgemeinde.

Das Landeswohnungsamt hat für die Gemeinde Moritz die Bestimmungen in §§ 5 und 6 der Bekanntmachung zum Schutze der Mieter und in §§ 2-5 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel, beide vom 23. September 1918, in der Fassung vom 22. Juni 1919 mit der Maßgabe in Kraft gesetzt, daß der Gemeindevorstand zu Moritz verpflichtet ist, Anordnungen nach § 5 der Mieterschutzbekanntmachung zu treffen. Großenhain, am 11. September 1920.

1482 e.C. Die Amtshauptmannschaft.

## Anerkennung als Wohnungsnottstandsgemeinde.

Das Landeswohnungsamt hat für die Gemeinde Schalken die Bestimmungen in §§ 5 und 6 der Bekanntmachung zum Schutze der Mieter und in §§ 2-5 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel, beide vom 23. September 1918, in der Fassung vom 22. Juni 1919 mit der Maßgabe in Kraft gesetzt, daß der Gemeindevorstand zu Schalken verpflichtet ist, Anordnungen nach § 5 der Mieterschutzbekanntmachung zu treffen. Großenhain, am 13. September 1920.

1388 e.C. Die Amtshauptmannschaft.

## Verkaufspreise für Obst und Gemüse betr.

Es ist übermäßig festgestellt worden, daß in dieser Stadt von den Kleinhändlern immer noch übermäßig hohe Preise insbesondere für Obst gefordert werden, welche oft auf zu hohe Einkaufspreise zurückzuführen sind.

Die Kleinhandelspreise sind laut Bekanntmachung des Kommunalverbandes Großenhain vom 11. August 1920 für Tafeläpfel und Tafelbirnen auf 55-70 Pfg. für je 1 Pfund und für Äpfel je nach Art 50-70 . . . 1 . . . als angemessen festgelegt worden.

Die Mitglieder der Ueberwachungskommissionen und der Preisprüfungsstelle werden angewiesen, auf die Höhe der geforderten Preise zu achten, auf die Senkung zu hoch erscheinender Preise hinzuwirken, und, falls dies ohne Erfolg geschieht, jeden einzelnen Fall dem unterzeichneten Stadtrat zur Prüfung zu bringen.

Wir werden in Zukunft alle Waren, insbes. jede Gemüse- und Obstsorte mit Beschlagnahme belegen, für welche höhere als die amtlich als angemessen erachteten Preise gefordert werden und bei welchen der Einkaufspreis nicht nachgewiesen werden kann. Die beschlagnahmten Waren werden handelsmäßig unter Einhaltung der angemessenen Preise an die Einwohner verkauft abgegeben werden.

Wir unterlassen nicht, die dringende Aufforderung an die Einwohner zu ergehen, höhere Preise nicht zu zahlen und selbst Anzeigen in unserer Polizeiwache zu erheben. Allein unter tätiger Mitwirkung der gesamten Bevölkerung wird es möglich sein, den notwendigen Preisabbau zu erzielen. Der Rat der Stadt Rieser, am 14. September 1920. R.

## Freibank-Verkauf in Gröba.

Morgen Mittwoch, den 15. September 1920, nachmittags von 2 Uhr ab findet Verkauf von Rindfleisch statt. Preis pro Pfund Mk. 5.—. Der Gemeindevorstand. Gröba (Elbe), am 14. September 1920.

## Das Ergebnis von Aix-les-Bains.

Nach der zweiten Unterredung in Aix-les-Bains erklärte Millerand über die Genfer Konferenz: Obwohl George habe auf die belgisch-französischen Vorschläge noch gar nicht antworten können, so ist doch nicht die geringsten Einwendungen gemacht. Ueber die Sowjetfrage sagte er, das zwischen den Alliierten vor acht Monaten abgeschlossene Abkommen, Handelsbeziehungen, keine politischen Beziehungen, sei bisher lokal angewandt worden. Nach dem „Journal“ sagte Millerand, um endlich zum Frieden zu kommen, habe man schon erklärt, es solle sich mit Rücksicht auf die Verhältnisse in der Ukraine die bei der englisch-französischen Politik von San Remo keine Intervention irgendwelcher Art.

Der Sonderberichterstatter der Agence Havas berichtet aus Aix-les-Bains: Das bedeutungsvolle Ereignis der Zusammenkunft ist die sichere Vertagung der Genfer Konferenz, wenn nicht deren vollständiges Scheitern. Der Bericht auf diese Konferenz wird sehr wahrscheinlich in Frankreich ohne Bedauern aufgenommen werden, wo man bekanntlich der Ansicht ist, daß das Verfahren vor der Reparationskommission der Weisheit die erste Verhandlung mit Deutschland vorzuziehen ist. Die der Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ aus Aix-les-Bains weiter meldet, richteten sich die Wölfe, die bisher die französisch-italienischen Beziehungen beschattet hätten, da die Italiener ihre wahren Interessen jetzt besser einschätzen, und auf beiden Seiten der Wunsch obwalte, zu einer intimen und dauerhaften Entente der beiden großen Länder zu kommen. Diese Darstellung der Agence Havas stimmt nicht ganz überein mit einer Meldung aus Rom, wonach die Bewegung zwischen Giolitti und Millerand in Aix-les-Bains in Italien ohne große Hoffnungen verfolgt werde. Giolitti hat bei diesem ersten Zusammenreffen mit dem französischen Ministerpräsidenten alles vermieden, was ihn in einen scharfen Gegensatz zu der französischen Auffassung bringen könnte. Man betrachtet in dieser Zusammenkunft daher nichts anderes als einen Akt der Höflichkeit und der politischen Klugheit.

Der Pariser „Temps“ führt in seinem Vorkurs über die Zusammenkunft von Aix-les-Bains aus: Nach den Zeitungsberichten zu urteilen, hätten Millerand und Giolitti in Aix-les-Bains Unterhaltungen gehabt, deren Charakter als freundschaftlich und realistisch bezeichnet werden könne. Die beste Politik und um die Annäherung Italiens und überhaupt aller Völker Mittel- und Osteuropas an Frankreich herbeizuführen, bestehe darin, daß man diesen Völkern die materielle Möglichkeit bietet, sich ausbreiten zu können, zu arbeiten und Wohlstand zu erwerben.

## Lloyd George für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund.

Giolitti, der, wie bekannt, gegenüber den ehemaligen Gegnern eine Politik der Verständigung vertritt, hatte von Lloyd George in Luzern die sofortige Aufnahme Deutschlands und Österreichs in den Völkerverbund verlangt und erklärt, daß dies das einzige Mittel sei, um aus dem politischen Chaos herauszukommen. Lloyd George hat, wie jetzt hier bekannt wird, sich diesem Verlangen Giolittis zum Teil angeschlossen und erklärt, wenn Deutschland und Österreich weiter ihren guten Willen bei der Erfüllung des Friedensvertrages zeigen, der Aufnahme dieser Staaten im Laufe des kommenden Jahres nichts im Wege stehe. — Die durch die amtliche Veröffentlichung über die Zusammenkunft Giolittis mit Lloyd George zu Tage getretene Enttäuschung ist nach informativischen Aufklärungen aus der Umgebung Giolittis einer günstigeren Auffassung gewichen. In politischen Kreisen wird erklärt, daß Giolitti in Luzern eine gemäßigtere Behandlung der durch den Friedensvertrag von Versailles noch zu lösenden Fragen erreicht habe.

Daß es Lloyd George und Giolitti jedoch nicht leicht werden wird, sich Frankreich gegenüber durchzusetzen, lassen die folgenden Ausführungen des „Echo de Paris“ über Deutschland und den Völkerverbund erkennen: Es kommt uns zu Ohren, daß neuerdings die Vertreter Englands im Völkerverbund wieder den Gedanken aussprechen, demnach die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund vorzuschlagen. Um eine neue Ursache zu Streit und Konflikt, die diesmal für die Entente cordiale fatal sein könnte, zu vermeiden, ist es von Wichtigkeit zu erklären, daß die französische Regierung entschlossen ist, sich einer derartigen

Maßnahme unerwähnt zu lassen. Der Völkerverbund ist einmal ein Mitglied des Völkerverbundes, so würde es unüberwindlich einen Sieg im ausführenden Rat beanspruchen und ihn schließlich bekommen. Bald wäre es dann auch im Direktorium. Man denke sich dann nur, wie die Angelegenheiten des Saargebietes und Danzigs verlaufen würden, um nicht von anderen zu sprechen, wenn die dafür notwendigen Maßnahmen durch von einem deutschen Delegierten abhängig wären. Deutschland darf nicht im Völkerverbund erscheinen, solange der Versailles Vertrag nicht ausgeführt ist, oder der Völkerverbund nur auf die Funktionen beschränkt, die er in der Ablicht, diesen Vertrag auszuführen, ausübt.

## Schiffsabkommen einer amerikanischen Gesellschaft mit dem Norddeutschen Lloyd.

Wtb. Bremen, 13. September.

Postmanns Telegraphisches Büro meldet: Die zwischen dem Norddeutschen Lloyd und der United States Mail Steamship Co. in Newport geknüpften Verhandlungen über ein Zusammenarbeiten dieser Gesellschaften im deutsch-amerikanischen Schiffsverkehr sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Während nach dem amerikanischen Gesetz die U. S. Mail die Führung ihrer Geschäfte in Amerika selbst in die Hand nehmen muß, hat der Norddeutsche Lloyd die Generalvertretung für die U. S. Mail in Zentralamerika übernommen.

Die U. S. Mail Steamship Co., eine vor kurzem in Newport gegründete Gesellschaft, hinter der einflußreiche amerikanische Interessenten stehen, hat von dem amerikanischen Shipping Board den größten Teil der in Amerika belandeten früheren deutschen Passagierdampfer übernommen, u. a. die früheren Norddeutschen Lloyd-Dampfer „George Washington“, Kaiser Wilhelm II., Kronprinzessin Cecilie, Großherzogin, Köln, Redar, Rhein, Prinzess Irene und Prinzess Alice, sowie die früheren Hamburger Dampfer „America“, Präsident Grant u. a. Diese Schiffe werden jetzt seitens der amerikanischen Gesellschaft vom Shipping Board übernommen und wieder in ihren früheren Zustand versetzt. Zum Teil ist die Uebergabe bereits erfolgt. So befindet sich der frühere Norddeutsche Lloyd-Dampfer „Rhein“ in Susquehanna zur Zeit mit über 2000 Passagieren, voller Ladung und Post auf der Heimreise nach Newport. Am 22. ds. Mts. wird der Dampfer seine zweite Reise von Newport nach Bremen und Danzig antreten. Die übrigen Dampfer werden nach Beendigung ihrer Reparaturen in Dienst gestellt werden. Die U. S. Mail hofft, daß bereits im Oktober weitere drei Dampfer den Verkehr zwischen den Vereinigten Staaten und der Weiser aufnehmen können.

Der Norddeutsche Lloyd wird der U. S. Mail Steamship zur Unterhaltung der früher vom Norddeutschen Lloyd betriebenen Linien zwischen Bremen und Nordamerika seine Anlagen in Bremen und Bremerhaven, sowie seine wohlbekannte Organisation und seine im Laufe von Jahrzehnten gesammelten Erfahrungen zur Verfügung stellen, um auf diese Weise gemeinschaftlich das früher vom Norddeutschen Lloyd betriebene so blühende Passagier- und Frachtgeschäft von neuem zu beleben. Es ist beabsichtigt, in erster Linie den Dienst Newport-Bremen über Baltimore und daneben einen regelmäßigen Dienst von Boston nach Bremen und von Newport nach Tangier einzurichten. Der Norddeutsche Lloyd ist auf Grund des Vertrages berechtigt, in diese Linien eigene Dampfer nach Maßgabe seines Wiederkaufes einzusetzen. Der Vertrag läuft auf fünf Jahre und kann von da ab durch gegenseitiges Uebereinkommen jährlich verlängert werden.

Wenn auch die künftig auf der Weiser erscheinenden früheren deutschen Schiffe unter fremder Flagge fahren und zum Teil ihren Namen gewechselt haben, so werden sie doch als alte Bekannte in den deutschen Häfen wieder gern gesehen und begrüßt werden. Sind sie doch berufen, die von alter Zeit her gerade zwischen den Vereinigten Staaten und Bremen bestehenden Verkehrsbeziehungen wieder aufzunehmen und mitzugewirken an der Wiederherstellung der sommerlichen Verkehrsbeziehungen, die die Vereinigten Staaten und Deutschland einst verband. Wenn das Abkommen, wie zu hoffen ist, in diesem Sinne ausgeführt wird und die trotz allem so eng aufeinander angewiesenen Nationen dadurch einander wieder näher gebracht werden, so darf der Vertrag in sommerlicher und politischer Beziehung als ein erhebliches Aktuum auch für Deutschland und Bremen angesehen werden.

## Gegen die Einfuhr amerikanischen Getreides.

Westen haben im Reichernährungsministerium Verhandlungen wegen der Einfuhr amerikanischen Getreides oder Mehlens stattgefunden. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß das Reichernährungsministerium nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß eine Freigabe der Einfuhr des Getreides oder Mehlens nicht stattfinden dürfe, weil dadurch die Zentralisierung der Erzeugung und Verteilung des Brotwechels gefährdet würde. Das Ministerium hat sich jedoch bereit erklärt, wieder in Verhandlungen mit den Vertretern der Reichszentrale zu treten, sobald von Seiten der amerikanischen Botschaften eine neue Kurulassung vorliegt, da das Angebot durch die nunmehrige gewordenen Valuta inzwischen gegenstandslos geworden sei. Die nach Eingang der Unterlagen stattfindenden Verhandlungen sollen unter Einziehung des Reichsfinanzministeriums erfolgen.

Aufhebung der Kartoffellieferungsverträge. Der deutsche Kartoffelgroßhändlerverband Berlin-Tübingen hat folgende Drahtung an das Reichernährungsministerium gerichtet: Infolge der Kartoffellieferungsverträge sind die Landwirte, ermuntert durch die vom Reich gewährte Preis, 30 Mk. pro Zentner fordern zu können, während die Verbraucher bedeutend weniger zahlen wollen. Der Kartoffelhandel muß daher vorerst eine abnorme Haltung einnehmen, wodurch die Winterernte für gefährdet wird. Wir verlangen wiederholt eine sofortige schriftliche Erklärung darüber, daß das Reichernährungsministerium nicht gewillt ist, die Kartoffellieferungsverträge, deren Nichtumgänglichkeit außer allem Zweifel steht, durch Verwaltungsverfügung zum Schanden der Kartoffelgroßhändler durchzuführen.

Subventionierung der freien Fleischwirtschaft. Dem Vernehmen nach laufen Händler in Schleswig-Holstein bereits jetzt vor Uebernahme der Brangswirtschaft für Fleisch große Kosten zu hohen Preisen an. Aus anderen Gegenden wird gemeldet, daß den Bauern von den Händlern der Markt gegeben wird, vor dem 1. Oktober überhaupt nichts mehr zu verkaufen oder abzuliefern und daß sie ihnen gleichzeitig für höchste Preise nach Uebernahme der Brangswirtschaft garantieren. In einer gemeinsamen Versammlung der deutschen Organisationen, welche am 19. d. Mts. in Hannover stattfand, werden diese über die Grundlagen eines gemeinsamen Vorgehens gegen die derzeitige Verdrängung der Fleischwirtschaft im Betracht der Konzeptionierung der Händler und Viehbesitzer, die Förderung von Schlachtereien und die Verpfändung zum Ausbannen der Preise.

Amerikanische Milchläufe für Deutschland unterwogen. Nach einer Meldung der „Verl. Post“ aus Texas ist der erste Transport Milchläufe nach Deutschland, von deutsch-amerikanischen Farmern zusammengedrückt, nach Deutschland abgegangen. Ein Vertreter der deutschen Regierung hat die Sendung von Texas aus selbst auf den Weg bringen helfen und hat den Bauern den Dank der deutschen Regierung ausgesprochen. — Eine Vertägung der Weidung bleibt abzuwarten.

## Regierungsumbildung oder Neuwahl.

Innerhalb der Parteileitung der S.D. bestehen zwei Strömungen, die eine für einen Eintritt der Weidreitssozialisten in die gegenwärtige Regierungskoalition, die andere gegen ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei, auf der anderen Seite erstreckt innerhalb der Deutschen Volkspartei ein starker Flügel die Klänge zu der parteipolitisch günstigeren Oppositionsstellung. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, ist von Seiten der sozialdemokratischen Richtung, die gegen ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ist, bereits auf den Reichspräsidenten im Sinne einer Auflösung des Reichstages gewirkt worden. Die Führer der Weidreitssozialisten glauben, daß ihre Partei bei Neuwahlen ungleich besser abschnitten würde, als am 6. Juni und daß sich für die alte Koalition eine Mehrheit im neuen Reichstage ergeben würde. Für eine Wiederherstellung der alten Koalition würden sich heute jedoch erhebliche Schwierigkeiten ergeben aus der Haltung der Zentrumsfraktion und der Demokraten. In einer jüngst erfolgten Aussprache in der Zentrumsfraktion hat sich ergeben, daß die Partei an dem Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei festhält. Die gleichen Einigungen sollen auch innerhalb der demokratischen Frak-

tion die Wehrheit gefunden haben. Die Frage ist noch nicht in ein akutes Stadium getreten, aber hinter den Kulissen finden bereits inoffizielle Verhandlungen zwischen den Parteien statt.

### Die Anklagen gegen Kamenev.

Die Londoner Blätter bringen Einzelheiten über die dreiköpfige Unterredung Kamenev mit Lloyd George vor. Lloyd George hat sich durch das Fehlen jener Cordialität aus, die die früheren Unterredungen zwischen dem ersten Minister und dem Sowjetdelegierten kennzeichnete. Lloyd George beschuldigt Kamenev einer Reihe von Vertrauensbrüchen und erklärte ihm, wenn er nicht selbst um seinen Posten gebeten hätte, so würde ihm dieser trotzdem abgehändigt worden sein. Die politischen Verhandlungen würden nicht eher wieder aufgenommen werden, bis die britische Regierung davon überzeugt sei, daß die Moskauer Regierung ihren Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten Groß-Britanniens einzumischen, aufgegeben habe. Lloyd George brachte gegen Kamenev 4 Anklagen vor: 1. daß er am Verkaufe der russischen Rummeln in England beteiligt sei, 2. daß er Verhandlungen geführt habe, betreffend die Unterstützung des extremen sozialistischen Blattes Daily Herald mit 75 000 Pfund Sterling, 3. daß er Beziehungen mit der britischen Arbeiterorganisation gehabt habe, die sich "Council of Action" nennt, und 4. daß Russland absichtlich die britische Regierung mit Bezug auf die Klausel über die Bürgermilitär im Entwurf für den Waffenstillstand mit Polen irre geführt habe. Kamenev stellte alle diese Anklagen kategorisch in Abrede. Krassin wurde ausdrücklich von den Anklagen, die gegen seinen Kollegen gerichtet wurden, ausgenommen und es wurde darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen über die Handelsbeziehungen nicht als abgebrochen betrachtet werden.

### Die Polen überschreiten die Curzon-Linie.

Die Polen haben bei ihrem Vormarsch auf Litauisches Gebiet die Curzon-Linie überschritten und die Städte Minsk, Mordun, Larnod und Dolyn jenseits dieser Linie besetzt. Aus Warschau wird gemeldet: Obwohl die polnischen Friedensbedingungen noch nicht offiziell bekannt gegeben sind, rechnet man doch allgemein damit, daß die sogenannte Curzon-Linie als Grenze endgültig fallen gelassen werden wird. Wegen dieser Grenze sprechen nicht nur ihre strategische Unzulänglichkeit, die Polen jeder Zeit einen Einfall der Bolschewiken aussetzen würde, sondern auch kulturelle Gründe, die besonders von kirchlicher Seite geltend gemacht werden. Die Sozialisten endlich halten die Curzon-Linie für unannehmbar, weil durch sie die Grenzlinie ihres Selbstbestimmungsrechtes berührt und Russland auf Gnade und Ungnade ausgeliefert würde.

Die "Daily Mail" meldet, geht die polnische Friedensdelegation am Dienstag an Bord zweier englischer Torpedobootzerstörer nach Riga. Fürst Sapieha wird sie begleiten. Nach einer Moskauer Meldung sollen die bolschewistischen Streitkräfte die Armeen des Generals Wrangel vernichtet haben.

### Die Krise in der englischen Industrie.

Wie Reuters meldet, wird die Krise, die der englischen Industrie droht, immer dunkler. Neben dem dauernden Bergarbeiterstreik und der Aussicht auf einen Solidaritätsstreik der Eisenbahner und Transportarbeiter droht eine Krise in der Baumwollindustrie infolge von Lohndifferenzen. Es wird auch von einem Generalstreik gesprochen, der bereits Ende dieser Woche ausbrechen soll. Außerdem steht ein Streik der Elektrizitätswärter von London bevor, die sich mit ihren Kameraden in Nordengland, die gegenwärtig ausgesperrt sind, solidarisch erklären wollen. Weiter wird eine ähnliche Bewegung unter den Postangestellten gemeldet.

### Die Streikbewegung in Italien.

In Bologna trat am Freitag der Generalrat der Eisenbahngewerkschaften zusammen. Der Generalrat beschloß, die Metallarbeiter zu unterstützen. Um den Transport von Truppen nach Oberitalien zu verhindern, sind bereits Vorkämpfer getroffen worden. In der Tat wurde am Freitag der direkte Zug Rom-Mailand mit Vollzügen, die von Rom nach Mailand transportiert wurden, vom Personal angehalten und die Weiterfahrt solange verhindert, bis der betreffende Wagen mit Vollzügen vom Zuge abgehängt wurde. Ein ähnliches Schicksal erlitt ein weiterer von Rom abgegangener Zug mit Vollzügen. Auch aus Parma werden berartige Gewalttätigkeiten gemeldet.

Der Pariser "Matin" verbreitet eine römische Information, wonach die Regierung Wolitits erschüttert sei. Das italienische Bürgerium blüht mit wachsender Besorgnis auf die Entwicklung der politischen Dinge im Lande. Man versteht sich nicht, daß die bolschewistische revolutionäre Bewegung in Italien Fortschritte macht und in ein akutes Stadium zu treten beginnt.

### Zweigeschichte.

**Deutsches Reich.**

Die französische Mission gegen den Anarchismus in Deutschland. Das "Berliner Tageblatt" läßt sich aus Wien telegraphieren, daß der Mittelpunkt der gegen den Anarchismus in Deutschland gerichteten Bewegung sich heute in München befindet. Die hierfür eingerichtete Propagandaabteilung des Ministerpräsidenten in Paris hat große Geldmittel zur Verfügung. Als Mittelpunkt dieser Mission ist die französische Gesandtschaft in München anzuweisen. Der Gesamtplan geht dahin, aus Bayern mit Franken, der Pfalz, den Rheinländern und Luxemburg einen unabhängigen Föderativstaat zu bilden, der unter französischer Schut gestellt werden soll. Herr Dard behauptet, bereits in maßgebenden Kreisen mit seinen Plänen Eingang gefunden zu haben. Die Italiener beabsichtigen, ebenfalls eine Vertretung nach München zu entsenden, um die Fähigkeit des Herrn Dard, die sie mit großem Unbehagen verfolgen, aus der Nähe beobachten zu können.

**Polnische Forderungen an Danzig.** Nach einer polnischen Meldung hat die polnische Regierung durch Vermittlung des Generalkommissars Wolens in Danzig den zuständigen Danziger Behörden die Rechnung für die Kosten der Unterhaltung der Schiffe durch die Danziger Eisenbahnarbeiter zurückgehaltenen polnischen Rückwanderertransporte überreicht. Die verlangte Entschädigungssumme beträgt 488 871 deutsche Mark. Als geschädigt werden angeführt insgesamt 1368 Personen.

Der frühere Romprinz möchte seinen Aufenthaltsort wechseln. Wie "Daily Mail" aus Holland meldet, hat der frühere deutsche Kronprinz die niederländische Regierung um die Genehmigung ersucht, in Deutschland oder an einem anderen Orte in Holland Aufenthalt nehmen zu dürfen.

Die Gerüchte über einen Angriff auf Kottbus. Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung teilt mit: Die Nachrichten über die Anaristie auf Kottbus haben ihre übliche Fiktivität ergeben und das ganze als ein Wachwerk eines Angehörigen der linksradikalen Parteien, des Krankenschwefelers Rosenbaum, aufgedeckt. Rosenbaum, der in der Märzrevolution als Führer der radikalen Kampforganisationen eine gewisse Rolle spielte, verfaßte den Anaristieplan zu rein demagogisch-beherrschenden Zwecken und leitete ihn in die Hände der Führer der Orga in Kottbus, die dieser Spitze zum Opfer fielen. Es wird erneut

darauf aufmerksam gemacht, derartige Nachrichten mit der größten Vorsicht zu behandeln, um den Verdrehungen nicht neuen Material zu liefern.

**Bayern und das Reich.** Die Münchener Korrespondenz meldet: Ein bayrisches Blatt bringt sensationelle Nachrichten über Verhandlungen, die der bayrische Ministerpräsident bei seiner letzten Berliner Reise in der Frage der Entlassung und der Frage der französischen Gesandtschaft in München, sowie der Schaffung einer deutsch-französischen Kommission für das Reich geführt habe. Diese Nachrichten entbehren der Grundlage. In den Fragen der Entlassung und der französischen Gesandtschaft in München bestand stets volle Übereinstimmung zwischen der Reichsregierung und der bayrischen Staatsregierung. In der Stellungnahme der bayrischen Regierung zu diesen Fragen ist eine Änderung nicht eingetreten. Bezüglich der Schaffung einer französischen Gesandtschaft in München wird außerdem auf die seinerzeitige Erklärung des Reichsministers für auswärtige Angelegenheiten Dr. Simons im Reichstage Bezug genommen. Ueber die Schaffung einer deutsch-französischen Kommission für das Reich haben irgendwelche Vorbereitungen mit der Reichsregierung überhaupt nicht stattgefunden.

Der schärfste Vorwurf gegen Liebknecht und Rosa Luxemburg. Wie das "Völkische Abendblatt" erzählt, ist Erich Thins, der im Prozesse Scheidemann-Klar als einer der Hauptbelastungspersonen gegen Scheidemann aufgetreten war, gestern mittig in Berlin verhaftet worden, da er der Fälschung des Mordauftrages gegen Liebknecht und Rosa Luxemburg überführt wurde. Seine Verhaftung ist ein polizeiliches Verbot des Bestehens ab, daß Thins für den Mordauftrag diktiert und in ihrer Gegenwart die Namen Scheidemann und Georg Klars daruntergeleitet habe.

**Streik der Hamburger Schauerleute.** In einer Versammlung der unionistischen Schauerleute in Hamburg wurde beschlossen, wegen Ablehnung der Forderungen die Arbeit niederzulegen. Die Kontrakt-Schauerleute wurden gezwungen, sich dieser Maßnahme anzuschließen. Die Arbeit im Hafen ruht.

**Freiwillige Polizeitruppe in Ostpreußen.** Das Insterburger sozialistische Parteiblatt veröffentlicht, wie der "Vorwärts" hört, eine streng vertrauliche Verfügung des ostpreussischen Oberpräsidenten über die Bildung der freiwilligen Polizeitruppe Ostpreußens vom 1. September 1920. Danach soll unter Leitung und Kontrolle des Wehretreibkommandos eine freiwillige Polizeitruppe aufgestellt werden, die am 7. September dem Organisationsstab im Lager Krus Verwendungsbereitschaft zu melden hat und am 15. in Marsch zu setzen ist. Der Erlaß schließt mit den Worten: Mitteilungen in der Presse dürfen unter keinen Umständen erfolgen.

**Die Bergarbeiter gegen die Ueberführten.** Der Gesamtverband des Verbandes der Bergarbeiter hielt unter Teilnahme des Verbandsausschusses und sämtlicher Bezirksleitungen Sonntag eine mehrtägige Beratung über Bergbau und Wirtschaftskrisen ab, wobei u. a. betont wurde, daß die Ueberführten und Ueberführten keine Dauerlösung sein könnten und die Bergarbeiter sich gegen aggressive Zwangsmassnahmen entschieden zur Wehre setzen würden.

**Die Polen wollen Rüböl besetzen.** Nach Mitteilung aus zuverlässiger Quelle soll für die nächsten Tage ein neuer polnischer Versuch zur Besetzung der Stadt Rüböl geplant sein. Die bisher in Rüböl befindliche italienische Besatzung ist in allerletzter Zeit stark vermindert worden, und es besteht die Befürchtung, daß der zurückgebliebene Rest der italienischen Truppen dem polnischen Angriff nicht gewachsen sein wird.

**Ungarn.**

**Zement.** Gegenüber den im Ausland verbreiteten Gerüchten, monach Ungarn im Einvernehmen mit Frankreich eine militärische Intervention gegen Oesterreich vorbereite, stellt das Ung. Tel.-Korr.-Büro auf Grund verlässlicher Informationen fest, daß diese Gerüchte vollständig aus der Luft gegriffen sind.

**Serbien.**

**Protest gegen die Unabhängigkeitserklärung Rumäniens.** Die Belgrader Regierung sandte an die Völkerversammlung einen energischen Protest gegen die von Rumänien proklamierte Unabhängigkeit Rumäniens, welche für null und nichtig erklärt wird. Serbien vermahnt sich entschieden gegen einen Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechtes.

**Russland.**

**Gewaltandrohung gegen die Bauernschaft.** Einem Funkpruch aus Moskau zufolge hat die Sowjetregierung beschlossen, rückfalls gegen die Bauern vorzugehen, um sie zu zwingen, die für die Versorgung der Städte und der Armee erforderlichen Lebensmittelmengen zu liefern. Infolge der Mißerte, von der in diesem Jahr mehrere Gouvernements betroffen sind, sollen die Requisitionen besonders scharf gehandhabt werden.

**England.**

**Das französisch-belgische Militärabkommen und der Völkerverbund.** "Westminster Gazette" drückt ihr Bedauern darüber aus, daß Frankreich und Belgien nicht die Absicht haben, ihr Militärabkommen dem Völkerverbunde vorzulegen. Das Blatt schreibt, es sei eine Lebensfrage für den Völkerverbund, daß er nicht umgangen und überlistet werde. Die französisch- und belgische Regierung würden den schwersten Präzedenzfall schaffen, wenn sie bei der ersten und der besten Gelegenheit keine Notiz von den klaren Zwecken des Bundes nähmen. Sie seien es sich selbst und den Grundrissen des Bundes schuldig, alle derartigen Abkommen zu veröffentlichen und sofort der Genehmigung des Völkerverbundes zu unterbreiten.

### Deutsches und Sächsisches.

**Mies, den 14. September 1920.**

Die Evangelisation des Herrn Doktor Zeitig aus Dresden erregt sich überaus zahlreichen Belohnungen. Jeden Abend war bisher die Klosterkirche gefüllt. Am Dienstag und Mittwoch lauten die Vorträge (immer abends 8 Uhr): "Fröhliches Christentum" und "Wie soll eine rechte Ehe sein?" Bibelstunden nachm. von 7-8 im Gemeindefestsaal Friedrich-Auguststr. 9. Eintritt überall frei.

Der Verein für Volksbildung und Kunstpflege. Der Verein wird in nächster Zeit mit einem reichhaltigen Winterprogramm auf dem Wege erscheinen. U. a. sind folgende Veranstaltungen vorgesehen: Zwei Konzerte, davon eins mit dem Chemnitzer Bühnenorchester, ein mehrtägiges Volkspiel der Faust-Verf.-Epi., die alte Volkspiele aufzuführen werden,erner Volkshochschulkurse in Literaturgeschichte, Deutsch (nur für Arbeiter), Naturwissenschaften (Abkennung und Entwicklung des Menschen, Geologie), Esperanto. Außerdem Einführung in Werke der Musik und der Malerei. Auch der Betriebsrateturmus wird fortgesetzt. Dazu kommen eine Anzahl Einzelvorträge mit Lichtbildern oder Experimenten. Die Vorgesessenen, die sich steigender Anteilnahme erfreuen, werden künftig auf vielfachen Wunsch zu Abendessen umgestaltet und weiter ausgebaut. Auch die Jugend wird zu ihrem Rechte kommen (Kinovorführungen, Wärmehausmittage, Volkspiel eines Marionettentheaters). Im November findet eine Bilder-ausstellung statt mit Verkaufsmesse (Wäcker, Silber, Spielwaren und dergl.). Ein Teil der Veranstaltungen wird in Gröba, Hübnerau und Rünchitz vor sich gehen. Es darf schon jetzt die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die mühevollen Arbeit des Vereins auch in diesem Jahre allseitige Unterstützung finden wird.

**Der Abbau der Zwangsindustrie.** Der Landespräsident vor neue, erweiterte Aufgaben gestellt. Mit aller Energie muß darauf hingewirkt werden, daß Spekulation und ungewollte Maßnahmen vermieden werden. Die Vorkämpfer der freien Wirtschaft hätten jetzt eigentlich zu halten, was sie versprochen und zu zeigen, was sie vermögen, nämlich durch freie Wirtschaft die Bevölkerung billiger und besser zu versorgen. Nach allen bisherigen Erfahrungen u. angesichts der Gesamtfrage kann das Experiment nicht gemacht werden, die Preisbildung ohne jede Einwirkung lediglich dem Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage, freier Spekulation und dem individuellen Profitstreben zu überlassen. Für ein solch bedeutendes Geschäftsbereich wie Sachsen könnte das zu Störungen schwerster und ernstester Art führen. Das Landespräsident hat deshalb rechtzeitig die Organisationen der Preisbildung ausgedehnter gestaltet und so gleichgerichteter, planmäßiger Tätigkeit die sozialen Preisstellen in Bezirkszentralen aufeinandergeholten. In der am 6. ds. Mts. im Landespräsidenten stattgefundenen Sitzung des Ausschusses dieser Bezirkszentralen wurde über die Verknüpfung der Kartoffel- und Fleischpreise nach Bedarf der Zwangsindustrie beraten und als nächste wichtigste Aufgabe die Preisbildung der Kartoffeln betont. Auf alle Fälle muß erreicht werden, daß die freien Kartoffeln in weitem Ausmaß von den Erzeugern wie entlich billiger abgegeben werden und zwar im wohlverstandenen Interesse der Landwirtschaft selbst. Zahlreiche Veränderungen aus Erzeugerkreisen, die dem Landespräsidenten vorlegen, lassen erkennen, daß dieser Weg gangbar ist. Daß das Landespräsident und die Preisorganisationen mühevoller Preisbildung in Erzeugung und Handel rückwärts und mit aller Energie pflichtgemäß entgegen treten werden, ist selbstverständlich, reicht aber nach Lage der Sache nicht aus, um den dreien Schichten der Bevölkerung die Kartoffeln zu einem ihrer Kaufkraft entsprechenden Preise zur Verfügung zu stellen. In Verfolg dieser Bestrebungen ist das Landespräsident zur Beratung mit den bet. Interessenten-Vertretungen der Erzeugerschaft und des Handels getreten, um im gemeinsamen Zusammenwirken schädliche Maßnahmen zu verhindern und das erwünschte Ziel zu erreichen. Eine sehr bedeutende Aufgabe fällt hierbei den Bezirkszentralen und lokalen Wirtschaftsorganisationen zu, die in derselben Weise in ihrem Bestreben nachbestärkt vorgehen müßten.

**Kartoffelverkauf auf den Eisenbahnen.** Ab 15. September ds. Js. ist förmlich die öffentliche Vermarktung der Kartoffeln aufgehoben. Es ist daher, um dem Handel die Möglichkeit zur Beseitigung der Verdrängung ab 15. September zu geben, schon jetzt der Kartoffelverkauf mit der Eisenbahn liberal freigegeben. Der Bedarf an Waggons zur Kartoffelverladung wird vorsorgsweise gedeckt, die Beförderung wird besonders beschleunigt. Die auf Verträge und zur Referenz gezielten Kartoffeln haben den Vorrang vor den übrigen. Sie werden mit besonderen Frachttarifen befördert, die den Stempel der zuständigen Stelle tragen müssen.

**Organisation der U. S. B. in Sachsen und Reichstagswahl.** In den gestrigen Beratungen auf der Landesversammlung der U. S. B. Sachsens machte Uvinski beim Bericht über die Organisation und Reichstagswahl einige interessante Angaben. Für den 30. Juni sei mit etwa 110 000 Mitgliedern in 439 Ortsgruppen zu rechnen gegen 72 000 Mitglieder am 1. Januar ds. Js. Der Leipziger Bezirk stelle mit 66 800 Mitgliedern den Rückhalt der sächsischen Organisation dar. Jeder gebürtigen der Partei nur 15 897 weibliche Mitglieder an. Bei Aufklärungsarbeit sei noch zu leisten, trotzdem die U. S. B. jetzt die stärkste Partei in Sachsen sei. Wenn die bevorstehenden Volkskammerwahlen daselbst das Verhältnis wie bei der Reichstagswahl ergeben, könne die Partei mit 25 gegen 15 Mandate rechnen. Mit 23 Reichstagsabgeordneten 4 Kommunisten würde also wieder eine, wenn auch geringe sozialistische Mehrheit in der Volkskammer vorhanden sein. Er vertritt die Uebernahme einer politischen Macht so, daß man den ganzen Regierungsapparat in den entscheidenden verwaltungstechnischen Stellen mit Sozialisten besetzt. Zur Annahme gelangte folgender Antrag: Der Parteitag in Halle wolle beschließen, über die Annahme oder Ablehnung der Moskauer Bedingungen eine Abstimmung vorzunehmen zu lassen. — In der Debatte über den Bericht der Volkskammer-Fraktion wurde von einem Vertreter aus Wörlitz (Bohlitz) die Umgestaltung des Bundes Elster zu einem Volksbad geordert. Der Redner wies darauf hin, daß das Bad sich gegenwärtig immer mehr zu einem Luxusbad gehalte, in dem nur Schieber und Großkapitalisten wegen der hohen Preise sich aufhalten können. Die Unabhängigen Wörlitz hätten deshalb bereits erwogen, mit ihren Klassen nach Elster zu marschieren, um dort etwas „auszuleihen“. — Uvinski-Beizig erklärte, daß in der Tat von kapitalistischer Seite versucht werde, Elster zu einem Luxusbad umzugestalten. Kommerziant Hopfweiler habe bereits ein Luxushotel erworben und beabsichtigt, dort auch eine Spielfestung zu errichten. Minister Schwarz habe aber bei dem Besuch in Elster erklärt, daß der Staat seinen Besitz in Elster nicht verkaufen werde. Die Unabhängige Partei werde alles versuchen, Elster zu einem Volksbad auszugestalten.

**Tagung des deutschen Eisenbahner-Verbandes in Dresden.** Zu Beginn der Montag-Sitzung begrüßt Ministerpräsident Buch im Namen der sächsischen Regierung die Generalversammlung und wünscht ihr den besten Erfolg. Angenommen wird ein Dringlichkeitsantrag: die Generalversammlung wolle beschließen, den sächsischen Eisenbahner-Verband einzulassen. Den Geschäftsbericht erstattet Scheffel-Berlin. Er behandelt in eingehender Weise die Vorgeschichte und den Zerbruch des preussischen Lohn-Tarifvertrages. Der Vorstand hat alles getan, um die Bewegung günstig zu beenden. Infolge verschiedener wilder Aktionen hatte der Vorstand einen sehr schweren Stand. So war es möglich, unter dem Vorstand, die Produktion zu heben und die Betriebe wirtschaftlicher zu gestalten, die Werkstätten 14 Tage lang still zu legen. Eine vom Vorstand dem Ministerium übermittelte Eingabe, den zu Unrecht ausgesperrten bzw. Entlassenen den entgangenen Lohn zu ersetzen, wurde abgelehnt. Den Abschluß des Reichslohntarifes machte die Regierung abhängig von der Annahme des Gevorgeschäfts. Letztere wurde erklärt, daß künftige Tarifverträge nicht ohne Beschluß des Reichslohntarifes eingeleitet werden dürfen. — Am Nachmittag beschäftigte sich der Vorsitzende mit der Reichsbevollmächtigung für Beamte und den Betriebsratverordnungen. Bezüglich der Militär- und Munitionstransporte, worin die Regierung völlig verjagt habe, müßten die Eisenbahner volle Neutralität wahren; die Tagung müsse sich entscheiden dafür auszusprechen, daß wir keinen Krieg mehr haben wollen, aber verbotliche Waffenlieferungen müßten ebenso entschieden verhindert werden. Zum Schluß betonte der Redner die Notwendigkeit guter internationaler Beziehungen, wozu aber auch der Ausbau nationaler Organisationen nötig sei. Er schloß mit einer Warnung zum Vertrauen zum Vorstand und Festhalten an der Organisation, die sich nicht zum Kampfbund des Kommunismus machen dürfe, nicht unterminieren, sondern ausbauen und aufbauen müsse, damit unser Vaterland wirklich ein Reich der Menschlichkeit, des Friedens und der Freiheit werde. Starker Beifall folgte diesen Ausführungen. Die Nachmittags-Sitzung schloß mit einem Bericht der Mandatsprüfungskommission. Dienstag früh 9 Uhr gehen die Verhandlungen weiter.

**Der erste Sozialdemokrat als Leiter einer Amtshauptmannschaft.** Die Einweisung

Demnach unterzeichnete der Amtshauptmannschaft Chemnitz, Stadtrat Dr. Markus, wird voraussichtlich in den nächsten Tagen erfolgen. Mit Dr. Markus ist der erste Sozialdemokrat Leiter einer Amtshauptmannschaft geworden.

**Verlegung der Herbstferien.** Das kaiserliche Kultusministerium hat mit Rücksicht auf die Kohlenbeschaffung die Herbstferien auf die Zeit vom 18. bis 24. Oktober verlegt. Das Sommerhalbjahr endet erst mit Beginn dieser Ferien. Für die Volksschulen ist diese Anordnung nur insoweit, als die Sommer- und Herbstferien nicht durch die Ortsbehörden in etwa den örtlichen Bedürfnissen entsprechender Weise verteilt sind.

**Rechnungsabgrenzung.** Durch einige Tageszeitungen ging kürzlich die Mitteilung, daß die Frist zur Einreichung der Steuererklärungen über den 30. September 1920 hinaus verlängert worden sei. Dies ist unzutreffend. Vielmehr sind alle Steuererklärungen zum Reichsnotenloos und zur Einkommensteuer im Bezirk des Landesfinanzamts Dresden unbedingte bis zum 30. September 1920 einzureichen. Es wird dringend empfohlen, hiermit nicht bis in die letzten Tage der Frist zu warten, sondern möglichst schon in den nächsten Tagen der Erklärungspflicht nachzukommen. Die Abgabe der Erklärungen ist dadurch erleichtert worden, daß die schriftlich abgegebene Einkommensteuererklärungen auch bei den Gemeindebehörden eingereicht werden können.

**Militär-Anwärter-Unterrichtskurse.** Am Besatz des früheren 12. und 19. N. N. sollen demnächst Militär-Anwärter-Unterrichtskurse eingerichtet werden. Bezieht sich auf Teilnahme sind aus der Kreisangehörigkeit heimgekehrte Militär-Anwärter; Kapitulanten des alten Heeres und Unteroffiziere der Reichswehr, die bis 30. April 1921 ihre 12wöchige Dienstzeit vollendet haben; Militär-Anwärter des aktiven Dienstjahres; Kapitulanten, die auf Grund des Mannschaftsversorgungsgesetzes entlassen sind oder werden; alle wegen Verminderung des Heeres ausgeschiedenen oder noch ausstehenden Kapitulanten; bei den Abwicklungsstellen befindliche ehemalige Kapitulanten, die den Versorgungsstellen erhalten haben oder denen er in Aussicht steht. Der Unterricht umfaßt in 18 bzw. 10 Wochenstunden Deutsche Sprache mit Literatur, Rechnen mit Geometrie, Geschichte, Staatskunde, Erdkunde, Französisch (wahlfrei), Stat- und Kassenwesen. Die Teilnahme ist unentgeltlich. Die Dauer der Kurse ist auf ca. 10 Wochen bemessen. Das Zeugnis über die erfolgreiche bestandene Abschlußprüfung berechtigt bei sonstiger Einigung des Bewerbers zum Eintritt in die mittlere Beamtenlaufbahn bei der Reichspostverwaltung, bei staatlichen und städtischen Behörden. Kurse können je nach der Anzahl der Meldungen in einer Reihe früherer und gegenwärtiger Garnisonorte eingerichtet werden. Beginn Anfang Oktober. Umgebende Meldungen, spätestens bis 15. September, sind an das Abwicklungsbüro des früheren Generalkommandos 12. N. N., Abteilung 11b, U. Dresden, U. S. Große Klosterstraße 4, zu richten.

**Unter der Bezeichnung „Kunstseide“** sind in letzter Zeit vielfach Gewebe vertrieben worden, die wie aus mehreren Unfällen zu schließen ist, während des Krieges zur Anfertigung von Korsett-Beuteln im Auftrage der Heeresverwaltung hergestellt worden sind. Ihrem Verwendungszweck gemäß verbleiben diese Stoffe bei Entzündung, oft sogar schon bei Erwärmung überaus heftig unter Umständen sogar explosionsartig. Vor Ankauf und Verwendung dieser fälschlich als Kunstseide bezeichneten Korsettbeutel-Stoffe wird gewarnt. In Zweifelsfällen ist ein etwa fingerlanges und 2 Finger breites Stück des Stoffes anzuzünden: Vulvergewebe brennt dann fast augenblicklich ab, dieser Versuch ist abseits von leicht brennbaren Gegenständen zu machen. Bemerkenswert ist, daß Korsettbeutel-Stoffe, die bei der Verbrennungsprobe plötzlich verbrennen, Sprengstoffe sind und daß zu deren Besitz und Vertrieb Sprengstoffbesitzschein notwendig ist. Verstöße hiergegen sind strafbar.

**Großenhain.** Der Arbeiter Otto Fuchs wollte am Sonntag eine Radpartie nach Riesa unternehmen, um dort seinen Sohn zu besuchen. Vor seiner Wohnung aufsteigend, passierte er in flottem Tempo den sogenannten etwas kleinen Böhmischen hinter dem Schützenhaus; infolge Fehlens der Bremsvorrichtung verlor Fuchs die Gewalt über sein Rad, fuhr gegen einen Baum an, überschlug sich und stürzte mit voller Wucht gegen die Friedhofsmauer, woselbst er demütlos und blutend im Genußgraben liegen blieb. Der Arzt stellte außer schweren Verletzungen eine Gehirnerschütterung fest, welche seine Heilung in das städtische Krankenhaus notwendig machte. — Am Sonntag wurde hier ein 7/8 Jahr altes Kind, das einjährige Kind eines jungen Ehepaars, begraben. Von der Mutter war dem Kinde vor drei Tagen Wandel-Schokolade zum Genuß gegeben worden. Dabei ist dem Kinde ein kleines Stück Schokolade in die Luftröhre gekommen. Das Kind erstickte und war auch durch sofort angewandte Wiederbelebungsversuche nicht mehr zu retten. Beim Weichen von Schokolade an kleine Kinder ist darum größte Vorsicht geboten. Sogenannte Wandel- und Kuh-Schokolade sollten die Kleinsten überhaupt nicht bekommen.

**Dresden.** Gestern nachmittag fanden, wie der L. U. Sachsendienst meldet, Stadtkinder in der Nähe des bekannten Ausflugsortes Wendisch-Borsdorfer Heidmühle in einer Schouung einen im Wunde liegenden Mann mit schweren Schädelverletzungen auf, der, nachdem er unter den Händen der aus Dipoldiswalde und Woldendorf herbeigerufenen Ärzte kurze Zeit zur Bessung gekommen war, anged. daß er durch einen Schlag auf den Kopf aus Wolden stamme. Er habe mit seiner Geliebten und deren Bruder einen Ausflug unternommen, um Weizen einzukaufen. Seine Brieftasche mit 2000 M. Inhalt sei ihm geraubt worden. Der Schwerverletzte wurde nach Dresden transportiert; an seinem Aufkommen wird gewweifelt.

**Blauen.** Eine Mitglieder-Verammlung der U. S. P. in Blauen, die bis Sonntag früh 1/3 Uhr währte, sprach sich im Gegenatz zur sächsischen Landeskonferenz für einen Anschluß an Moskau aus.

## Neueste Nachrichten und Telegramme vom 14. September 1920.

**Meldungen der Berliner Morgenblätter.**  
X Berlin. Zur Not in Oberschlesien wird dem „Berl. Tagebl.“ geschrieben: Die öffentliche Sicherheit kann erst dann wieder hergestellt werden, wenn die französischen Beamten entfernt werden, die das polnische Bandenwesen begünstigt haben. Dem „Vorwärts“ wird mitgeteilt, die Befürchtungen eines neuen polnischen Vordringens sind zwar übertrieben sein; solange aber die Entente sich nicht entschließt, einen letzten Abstimmingsstermin anzusetzen, solange werde auch die Nervosität und Unruhe in Oberschlesien andauern. — In einer Zuschrift aus Oberschlesien heißt es: Von deutscher Seite wird mit allen Kräften auf die allgemeine Beruhigung und die Vermeidung neuen Blutvergießens hingearbeitet. Leider werden diese Bemühungen nicht nur durch das Vorgehen der Polen, sondern auch durch die immer wieder jutage tretende antideutsche Parteilichkeit der Franzosen durchkreuzt.

Die Delegation der russischen Gewerkschaften hat die größten Städte von Norwegen besucht und hat die Absicht, sich nach dem Aufenthalt in Deutschland nach England, Italien und andern Ländern zu begeben.

### Angestelltenstreik in Dessau.

X Dessau. Die in einer Lobnabwertung befindlichen Angestellten der Dessauer Industrie haben infolge Scheiterns der Vermittlungssaktion des Staatsrates gestern abend den Streik proklamiert.

### Das Explosionsunglück bei Marienfelde.

X Wilhelmshaven. Heute nachmittag wurden auf dem Ehrenfriedhof die Opfer des Explosionsunglücks bei Marienfelde in einem gemeinschaftlichen Massengrab beigesetzt. Über 10000 Personen wohnten der Beerdigung bei.

### Breisbergerbahn im Rheinland.

X Köln. Am Oberrhein fanden Verarmungen statt, in denen Bauern und Konsumenten gemeinsame Beratungen über Kartoffel- und Obstschätzpreise hatten. Die Eisenbahner weigern sich entschieden, Kartoffeln über einen Höchstpreis von 30 Mark zu befördern. Die Pfälzernbahn mußten die Bauern bereits von 50 auf 25 Mark herabsetzen, wenn nicht die gewaltigen am Oberrhein lagernden Vorräte verkauft hätten. Auch bei Kartoffelpreiserhöhungen zeigt sich die oberrheinische Bauernschaft zu Konzeptionen bereit. Die Eisenbahner verlangen bis Mittwoch definitiv die Entscheidung der Bauernschaft.

### Beilegung der Angelegenheit Elbese.

X Frankfurt a. M. Die der „Frankf. Zeitung“ aus Berlin gemeldet wird, ist in Sachen Elbese dem Vernehmen nach eine Verständigung zwischen der Hochfrequenzgesellschaft, der französischen Verwaltung und der Telefunkengruppe erzielt worden. Die Franzosen werden für ihre Optionsrechte mit einem Barbetrag abgefunden und erhalten vor allem das bisher strittige Nutzungsrecht auf die deutschen Patente im Ausland. Die Hochfrequenzgruppe und die Telefunkengruppe werden nunmehr bei Elbese zusammengehen. Die eigentliche Station wird in einer neu zu gründenden G. m. b. H. eingebracht, an der die deutsche Telefunkengesellschaft für Lieberfeld und die Hochfrequenzmaschinen-Werkegesellschaft beteiligt sind.

### Der Belagerungszustand über Rübnil aufgehoben.

X Rübnil. Der Belagerungszustand über Stadt und Kreis Rübnil ist gestern aufgehoben worden. Gestern nachmittag wurde ein Beamter der Sicherheitspolizei auf dem Heimwege von der Hopfgrube durch unbekannte Täter erschossen.

### Die Beratungen in Nizles-Bains.

X Nizles-Bains. Müllerand hat gestern vormittag den rumänischen Minister des Reichs Herrn Tanculescu empfangen. Um 10 Uhr wurde die Besprechung zwischen Müllerand und Giolitti wieder aufgenommen und am Nachmittag fortgesetzt. In Lord George wurde ein Telegramm abgefaßt, in dem es heißt, Giolitti und Müllerand hätten wieder Gelegenheit gehabt, die volle Hebereinführung ihrer Ansichten und die grundlegende Notwendigkeit des Entente-Bündnisses zwischen England, Italien und Frankreich zu erkennen, um die Beilegung der europäischen Fragen und die Wiederherstellung des Friedens unter normalen Bedingungen zwischen den Völkern zu sichern.

### Neuer Streik in Italien.

X Mailand. Infolge der Verhaftung eines der Teilnehmer an einem sozialistischen Demonstrationzug hat die Arbeiterschaft von Como am Comeres den Generalstreik erklärt. Die Arbeit ist in allen Seidenwebereien und andern Fabriken der Stadt eingestellt worden.

### Der Abschluß des französisch-belgischen Militärabkommens.

X Paris. (Agence Havas.) Der belgische Botschafter hat gestern vormittag dem Generalsekretär im Ministerium des Reichs den Abschluß des Militärabkommens mitgeteilt, das durch die Generalkäbe von Belgien und Frankreich ausgearbeitet worden ist.

### Beschwerden in London.

X Paris. Wie sich der „Times“ aus London telegraphieren läßt, hat heute in Downing Street zwischen Lord George und verschiedenen Mitgliedern des Kabinet's Besprechungen geführt worden. Der Vorschlag, das Parlament zusammenzurufen, sei nicht ins Auge gefaßt worden; das Parlament werde erst am 19. Oktober zusammentreten.

### Die Kommunisten Englands.

X London. Der Nationale Volksauschuss der Arbeiterpartei hat den Antrag der freien kommunistischen Partei um Aufnahme zurückgewiesen. Die Partei tritt für das Räteystem, für die Diktatur des Proletariats und für die dritte Internationale ein.

### Eisenbahnerstreik in Portugiesisch-Ostafrika.

X London. „Evening News“ melden, daß Berichten aus Lourenco Marques zufolge dort wegen des Ausstandes der Eisenbahner tagelange keine Verbindung mit dem Hinterland bestünde. Es herrsche eine allgemeine Arbeitslosigkeit. Der Belagerungszustand sei verbänd und die Eisenbahnbrücke einberufen worden. Im Hafen ruht alle Arbeit. Die Behörde hat bekanntgegeben, daß, wenn die ausländischen Arbeiter, wie sie bekannt haben, Eisenbahnzüge in die Luft sprengen werden, ein halbes Dutzend Ausständiger an einem Wagen vor die Lokomotive mit Löwen festgebunden werden würde. Die Infanterie hat Befehl erhalten, im Falle von Zusammenstößen sofort das Feuer zu eröffnen. Die britische Kolonie hofft auf Entsendung eines englischen Kriegsschiffes. Lourenco Marques liegt an der Delagoa-Bai und ist die Hauptstadt des gleichnamigen Distriktes Portugiesisch-Ostafrika und Sitz des Generalgouvernements der Kolonie. Der Ort ist Ausgangspunkt der Delagoa-Bahn nach Pretoria in Transvaal.

### Die polnisch-litauischen Verhandlungen.

X Warschau. (Agence Havas.) Die litauische Regierung hat gebeten, daß die französische und die englische Regierung bei den Verhandlungen, die zwischen Polen und Litauen in Kalwarja geführt werden sollen, vertreten sind. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Rabinette in Paris und London diesen Vorschlag annehmen werden.

### Die Aufforderung an den amerikanischen Bergarbeiterbund.

X Amsterd. „Telegraaf“ berichtet, daß die Meldung, wonach Smully den amerikanischen Bergarbeiterbund telegraphisch aufgefordert habe, zugleich mit dem britischen Bergarbeiterbunde in den Ausstand zu treten, den Tatsachen nicht entspricht. Smully habe jedoch erklärt, dieses Telegramm nicht abgefaßt und nicht die Ermächtigung dazu erteilt zu haben. In der Lage ist eine Veränderung nicht eingetreten.

### Die Hungersnot in Nordchina.

Der Hungersnot in Nordchina ist übermittelte ohne Angabe einer Quelle eine Nachricht aus Schanghai, wonach die Chinesen in den nördlichen Provinzen China ihre Familien verlassen, um sie davor zu bewahren, Hungers zu sterben. Dreißig Millionen Menschen würden vom Hungertode bedroht.

### Dynamit-Explosion.

Die „Times“ meldet aus Lima: Sechstausend an Bord von Schiffen in der Bucht von Callao befindliche Riffen mit Dynamit sind infolge unvorsichtiger Behandlung explodiert. Dreißig Personen wurden getötet und mehrere hundert verletzt. Die Eisenbahnanlagen im Hafen wurden erheblich beschädigt.

### Vermischtes.

**Vermischtes.**  
Ausbruch der Pest. In Batavia und Brio (Banten) ist der Ausbruch der Pest amtlich festgestellt worden.  
Die asiatische Cholera in Bina. In Bina sind etwa 50 Fälle von asiatischer Cholera festgestellt worden. Es sind alle Maßnahmen getroffen worden, um eine Verbreitung der Seuche zu vermeiden.  
Ein neues Erdbeben in Italien. Die Blätter veröffentlichen die Meldung, daß vorgersten vormittag die Gegend von Cassino zwischen Rom und Neapel von einem heftigen Erdbeben betroffen worden ist. Durch das Erdbeben der vorigen Woche sind etwa 170000 Personen nach den amtlichen Mitteilungen obdachlos, da eine Reihe von Dörfern wegen drohender Einsturzalage geräumt werden mußte. In Florenz und Spezia waren bis Freitag 700 Schwerverwundete in die Krankenhäuser eingeliefert worden.

### Fahrplan der Säch.-Böhm. Dampfstraßenbahn.

Gültig vom 14. September 1920 bis auf weiteres.

| Ab                 | Wahlberg | —     | —     | 8.00  | —  |
|--------------------|----------|-------|-------|-------|----|
| • Areling          | —        | —     | —     | 8.50  | —  |
| • Strehla          | —        | —     | —     | 9.10  | —  |
| • Bohls-Platz      | —        | —     | —     | 9.30  | —  |
| in Riesa           | —        | —     | —     | 10.05 | —  |
| ab Riesa           | —        | 7.15  | 12.15 | 3.30  | —  |
| • Stadtpark        | —        | 7.30  | 12.30 | 3.35  | —  |
| • Rindgrub         | —        | 7.50  | 12.50 | 4.05  | —  |
| • Vorh.-Hofenmühle | —        | 8.00  | 1.00  | 4.15  | —  |
| • Rindgrub         | —        | 8.15  | 1.15  | 4.30  | —  |
| • Rindgrub         | —        | 8.20  | 1.20  | 4.35  | —  |
| • Rindgrub         | —        | 8.30  | 1.30  | 4.45  | —  |
| • Rindgrub         | —        | 8.40  | 1.40  | 4.55  | —  |
| ab Weichen         | 7.00     | 10.15 | 3.35  | 6.15  | an |
| in Dresden         | 9.40     | 12.55 | 6.15  | —     | —  |
| ab Dresden         | 7.35     | 11.00 | 2.15  | —     | —  |
| • Weichen          | 9.35     | 1.15  | 4.15  | —     | —  |
| • Rindgrub         | 10.15    | 1.55  | 4.55  | —     | —  |
| • Rindgrub         | 10.25    | 2.05  | 5.05  | —     | —  |
| • Rindgrub         | 10.30    | 2.10  | 5.10  | —     | —  |
| • Rindgrub         | 10.35    | 2.15  | 5.15  | —     | —  |
| • Vorh.-Hofenmühle | 10.40    | 2.20  | —     | —     | —  |
| • Rindgrub         | 10.50    | 2.30  | 5.30  | —     | —  |
| • Riesa Stadtpark  | 11.15    | 2.55  | —     | —     | —  |
| in Riesa           | 11.20    | 3.00  | 6.00  | —     | —  |
| ab Riesa           | —        | 4.15  | —     | —     | —  |
| • Bohls-Platz      | —        | 4.30  | —     | —     | —  |
| • Strehla          | —        | 4.45  | —     | —     | —  |
| • Areling          | —        | 4.55  | —     | —     | —  |
| • Wahlberg         | —        | 5.30  | —     | —     | —  |

### Turnen, Sport und Spiele.

**Schlagball — Fußball.** Anlässlich der 60jährigen Jubiläumfeier des Turnvereins Riesa hatten sich am vergangenen Sonntag 8 Mannschaften zum Schlagballwettkampf und 2 Mannschaften zum Fußballwettkampf gestellt. Eine zahlreiche Zuschauermenge war der Beweis, daß den Spielen lebhaftes Interesse entgegengebracht wurde. Es wurden folgende Ergebnisse erzielt: Fußball: Turnverein Riesa 1. gegen Reichsm.-Wion. 19 73:59, Männerturnverein Döbich gegen Turnverein Riesa 60:50, Turnverein Gröbich gegen Turnverein Döbich 62 50:46, Männerturnverein Gröbich gegen Turnverein Riesa 2. 47:30. 1. Auscheidung: Männerturnverein Döbich gegen Turnverein Gröbich 59:42, Turnverein Riesa 1. gegen Turnverein Gröbich 58:46, Endkampf: Männerturnverein Döbich gegen Turnverein Riesa 1. 75:62, Spielzeit 20 Minuten. Am Schlagball war die Mannschaft der Bioniere, die das letzte Wettkampf gegen den Turnverein Riesa am 26. 8. mit 51:46 gewonnen hatte, weniger vom Glück begünstigt und verlor gegen die Mannschaft des Turnvereins Riesa mit 50:68.

Die gegen Herrn Albin Rier, Riesa, getanen Neuerungen nehme ich zurück.  
Rohr. Berger, Riesa.



Für die Zeit vom 28. 9. bis mit 1. 10. Schlafzimmer mit 2 Betten, Wohnzimmer u. größerer beheizbarer Raum für Bürozwecke gesucht.  
Angebote an Direktor Ried, Grossenhain, Marienstr. 7.

### Geburtsstagswünsch.

Junger Handwerker, 28 Jhr., sucht die Bekanntschaft einer jungen Dame oder jungen Witwe weils späterer Heirat. Offerten mit Bild unter Z K 6725 an das Tabl. Riesa.

### Möbliertes Zimmer

oder Schlafstelle für Herrn gesucht. Offerten erbeten an Otto Margenbera, Hauptstr. 2 Herren k. Kosi u. Logis erb. Zu erst. im Tagebl. Riesa.

### GELD

sucht ohne Bürgen sofort auszuliefern durch E. Wolf, Chemnitz, Bernsdorferstr. 46. Tel. 8938. Wer leibst jungem freibsauren Mann 5000 Mark geg. monatliche Rückzahlung in Raten à 500 M. bei sehr hoher Verzinsung. Werte Angebots unter D L 6729 an das Tabl. Riesa erbeten.

### Fabrikbesitzer

Ende 20. wünscht sich glückl. zu verheiraten mit jung. nett. Dame. Vermögen Nebenache. Streng diskret. Offerten unter V 3925 an Wila-Daasenstein & Waaler, Chemnitz erb.

### Heirat.

Offerten unter A L 6726 an das Tabl. Riesa erbeten.

### Ernstgemeint.

2 junge Damen, 21 und 22 Jahre, mit pädagog. Ausbildung und Wäsche, auch 1500 M. Vermögen, wünschen die Bekanntschaft m. 2 jungen Herren im Alter zw. 22 und 28 Jahren im baldig. Heirat. Off. mit od. ohne Bild unter B L 6727 an das Tabl. Riesa.

### Junge Mädchen

zum Erlernen der Korsett-Näherei sucht O. Mähle, Goethestr. 54. Vorzusehen von 12-2 Uhr.

### Städtige Walschrau

für jeden Dienstag gesucht. Hauptstr. 2.

### Ältere unabhängige Frau

sucht Stellung f. 15. Oktober od. später als Wirtschaftlerin in Stadt od. Landwirtschaft. Werte Offerten unter C L 6728 an das Tabl. Riesa erbeten.

